

Stellungnahme zur Bürgerinitiative

„#FAIRÄNDERN bessere Chancen für schwangere Frauen und für ihre Kinder“

Gegen die Forderungen der Bürgerinitiative „FAIRändern“ sammeln *echte* ExpertInnen wie Dr. Fiala und Mag.^a Schweiger ausreichend wissenschaftliche Argumente, doch vor allem handelt es sich darum, dass das Recht auf den Schwangerschaftsabbruch ein elementares Menschenrecht ist. Wir sind zwei Generationen von Frauen: eine Mutter, die erst das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch für sich, ihre Tochter und zukünftige Generationen erkämpfen musste, und eine Tochter, die nicht bereit ist sich diese Errungenschaft nehmen zu lassen. Daher lehnen wir die Bürgerinitiative „fairändern“ vehement ab, denn sie ist ein Angriff auf die Rechte von Frauen und Mädchen.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist ein Menschenrecht – Obwohl diese Initiative behauptet, sich für „Chancen“ und „Fairness“ für schwangere Frauen und für ihre Kinder einzusetzen, ist es für uns eindeutig, dass das einzige Ziel dieser die schleichende Abschaffung eines legalen Schwangerschaftsabbruches ist. Eine Frau zu einer ungewollten Schwangerschaft zu zwingen ist nicht nur ein Eingriff in ihr Privatleben, sondern ist in bestimmten Fällen eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung bzw. Strafe. Wir kennen die Situation von Frauen in Ländern, die ein absolutes Abtreibungsverbot haben und wissen, dass dieses zum Ansteigen der Mutter- und Kindersterblichkeit, sowie zu erhöhten Teenageschwangerschaften führen.

Es geht um unsere Leben – Wir lehnen diese Bürgerinitiative nicht nur deshalb ab, weil sie unsere Menschenrechte bedrohen, sondern auch weil sie unser Leben bedrohen. Wir wollen in keiner Gesellschaft leben, wo der Begriff „Engelmacherin“ für junge Frauen wieder ein Begriff wird oder Frauen und Mädchen wieder an den Folgen illegaler Abtreibungen auf dem Küchentisch eines Kurpfuschers verbluten.

Laut WHO ziehen weltweit 40% der Eingriffe unter unsicheren Bedingungen schwere medizinische Komplikationen für die Frauen nach sich, geschätzte 70.000 Frauen sterben jährlich daran.

Diese Initiative ist äußerst zynisch – Regierungsmitglieder, die u.a. auch für die gegenwärtige Mindestsicherungsreform verantwortlich sind, unterstützen diese Petition. Sie nehmen vor allem Alleinerzieherinnen, Kindern und Menschen mit Behinderung und ihren Familien die „Chancen“ auf ein menschenwürdiges Leben. Es ist zynisch sich gleichzeitig für „Fairness“ für dieselbe Bevölkerungsgruppen durch diese Bürgerinitiative auszusprechen. Es ist weitbekannt, dass eines der Motive weshalb Frauen sich für eine Abtreibung entscheiden, fehlende finanzielle Mitteln sind. So scheint uns als äußerst zynisch, Frauen in die Armut zu treiben, dadurch mehr Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch zu führen, und dann versuchen diesen abzuschaffen.

Auch wir wollen weniger Schwangerschaftsabbrüche – Wir verteidigen das Recht auf sichere Schwangerschaftsabbrüche nicht, weil wir *für* diese sind, sondern weil Frauen auch in Österreich noch immer nicht gleichberechtigt sind und wir wissen, dass viele Frauen nicht selbst über ihre Sexualität entscheiden können, von sexueller Gewalt betroffen sind oder keine ausreichenden Mitteln für Verhütung haben. Und selbst wenn, in einer *noch* utopischen Welt wo alle Frauen alle Möglichkeiten haben eine ungewollte Schwangerschaft zu verhindern und wo Männer die gleiche Verantwortung für Verhütung tragen, so wird es immer noch ungewollte Schwangerschaften geben, für welche Frauen niemals bestraft (im Sinne des Zwingens ein Kind auszutragen) werden dürfen.

Wenn weniger Schwangerschaftsabbrüche das tatsächliche Ziel von „FAIRändern“ wäre, so würde sie folgende Forderungen beinhalten:

- Bessere Aufklärung, Beratung und Info über Verhütung für die gesamte Bevölkerung
- Soziale Absicherung, vor allem von Alleinerzieherinnen
- Gleichberechtigung von Frauen
- Beratung von Frauen in Krisensituationen über unabhängige Organisationen, die Expertise haben.
- Verhütungsmittel auf Krankenschein

Teresa Gruber & Doris Gruber